Nr. 292. Freitag, den 14. Dezember 1917. 31. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Bezugspreis: durch die Post ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,50, vierteljährlich ℳ 4,50, durch die Austräger wöchentlich 35 ₰ frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 6 ₰ bei den Straßenhändlern 10 ₰. Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, I. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: J. Reitze in Hamburg.

Anzeigen die neungespaltene Petitzeile oder deren Raum 45 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 25 ₰ zuzüglich 20 pZt. Teuerungszuschlag. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 4 Uhr nachm.), in den Filialen (bis 3 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. — Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock. Fehlandstr. 11

Für das gleiche Wahlrecht!

Die erste Lesung der drei großen preußischen Reformvorlagen im Abgeordnetenhause liegt hinter uns. Ihr Ergebnis ist für alle Freunde des neuen und freien Preußens der Zukunft wenig ermutigend. Daß die weitaus stärkste Fraktion,

die Konservativen,

mit äußerster Kraftanstrengung gegen das gleiche Wahlrecht anrennen würden, war vorauszusehen. Verdanken sie doch ihre ganze Machtstellung in Preußen in allererster Linie dem schmachvollen Klassenwahlrecht! Sie wissen, daß es für sie um Sein oder Nichtsein geht, und deshalb setzen sie, die patentierten „Stützen des Thrones“, alles daran, das feierliche Königsversprechen zu zerreißen wie einen wertlosen Fetzen Papier. Daß zwischen ihnen und den Wahlrechtsfreunden der Kampf mit äußerster Erbitterung entbrennen würde, war vorauszusehen. Und auch die offen zutage getretene Feindschaft der

freikonservativen Partei

gegen das gleiche Wahlrecht nimmt nach der ganzen Vergangenheit dieser Partei nicht wunder.

Anders zu bewerten ist dagegen die Haltung

des Zentrums und der Nationalliberalen.

Die Führer dieser beiden Parteien im Reichstage haben sich ausdrücklich mit jenem Programm einverstanden erklärt, dessen Durchführung die Regierung Hertling-Payer-Friedberg auf ihre Fahne geschrieben hat. Ein Hauptstück dieses Programms war die loyale und rasche Durchführung der preußischen Wahlreform. Was soll man dazu sagen, wenn man erleben muß, daß wenige Wochen später die Führer der gleichen beiden Parteien im preußischen Abgeordnetenhause, die Herren Dr. Porsch und Dr. Lohmann, mehr oder minder offen dem gleichen Wahlrecht Fehde ansagen? Herr Dr. Porsch erklärte, daß sich nur „ein Teil“ seiner Freunde mit dem Gedanken des gleichen Wahlrechts zu befreunden vermocht habe, während Herr Dr. Lohmann gar nur für „einige“ Nationalliberale die Erklärung abgeben konnte, daß sie sich unter den Einwirkungen des Krieges mit dem gleichen Wahlrecht abgefunden hätten. Aber auch diese „Einige“ wollen dem gleichen Wahlrecht nur dann zustimmen, wenn die Vorrechte der „gebildeten Kreise des Volkes“ durch allerlei besondere Maßregeln sorgsam vor dem Uebergewicht der „Masse“ geschützt werden! So bleiben außer den dank des Klassenwahlrechts nur 10 Abgeordnete zählenden beiden sozialdemokratischen Fraktionen und einigen kleineren Parteisplittern nur noch die Fortschrittler mit ihren 40 Mandaten als Freunde des gleichen Wahlrechts übrig. Vollends im Herrenhause werden die guten und gesunden Grundgedanken der Regierungsvorlage ohne Zweifel auf den denkbar schroffsten Widerspruch stoßen.

Und leider haben — soweit es auf den parlamentarischen Kampf allein ankommt — die Wahlrechtsfeinde, deren Redner von der Osten am 7. Dezember im Abgeordnetenhause sogar vor offenen Angriffen auf das Reichstagswahlrecht nicht zurückschreckte, nur allzu günstige Aussichten für das Gelingen ihrer Pläne. Die drei Vorlagen sind gegen den entschiedenen Widerspruch der Linken nur einer einzigen Kommission überwiesen worden, deren Beratungen sich, wenn es nach dem Willen der Konservativen geht, viele Monate hinziehen sollen. Hat Herr v. Heydebrand doch in nur allzu leicht durchschaubarer Absicht heute schon angekündigt, die konservative Partei werde unter allen Umständen auf der „gründlichsten und sorgsamsten Prüfung“ der Vorlagen in der Kommission bestehen. Mit anderen Worten: die Konservativen wollen der Wahlreform das Schicksal der Kanalvorlage bereiten, die bekanntlich mit Hilfe ähnlicher Verschleppungsmanöver niemals zustande gekommen ist! Zunächst geht das Ziel der Wahlrechtsfeinde darauf hinaus, die Erledigung der Vorlagen mindestens bis nach dem Friedensschluß hinauszuziehen. Sie sind davon überzeugt, daß dann so zahlreiche und schwierige Fragen finanzpolitischer, wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Art zu erledigen sein werden, daß das Interesse für die Wahlreform dadurch völlig in den Hintergrund gedrängt wird.

So will man die so oft schon betrogenen Massen des preußischen Volkes abermals um ihr gutes Recht prellen!

Dieser schmachvolle Plan der Ritter von der eisernen Stirn kann nur dadurch zuschanden gemacht werden, daß

das preußische Volk selbst auf die Bühne tritt.

In machtvollen Kundgebungen müssen überall in Preußen die Massen zusammenströmen, um ihrem Willen Gehör zu verschaffen!

Diesem Willen und den unabweisbaren Bedürfnissen des preußischen Volkes entspricht auch die Regierungsvorlage noch keineswegs. Anerkannt werden muß, daß die Regierungsvorlage nicht nur mit den ebenso veralteten wie bösartigen Einrichtungen der öffentlichen und indirekten Wahl aufräumt, sondern auch den infamsten Schandfleck des heutigen Wahlrechts, die Dreiklassenschande, kurzerhand beseitigt. Diesen großen und bedeutungsvollen Fortschritten stehen aber auf der anderen Seite eine Reihe von Verschlechterungen des gegenwärtigen Zustandes gegenüber. Diese Verschlechterungen wurden in die Vorlage hineingearbeitet, um auf diese Weise die Rechte zu versöhnen, ihrem Widerstand die Spitze abzubrechen. Wie die Ergebnisse der ersten Lesung gezeigt haben, ist dieser Zweck keineswegs erreicht worden.

Worin bestehen die Bestimmungen der Vorlagen, die, ohne die Rechte zu versöhnen, auch die Genugtuung der Linken an dem Reformwerk sehr stark beeinträchtigen?

Da ist zunächst die — von einer winzigen Konzession abgesehen — völlige

Aufrechterhaltung der alten Wahlkreiseinteilung.

Diese stammt noch aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts und sichert den agrarischen Bezirken des Ostens ein dauerndes Uebergewicht über die Großstädte und Industriebezirke. Wie kann ein ernstes Reformwerk am Schlusse des zweiten Jahrzehnts des zwanzigsten Jahrhunderts, im vierten Jahre des Weltkrieges eine Wahlkreiseinteilung beibehalten wollen, die aus einer Zeit stammt, in der Preußen fast noch ein reiner Agrarstaat war, in der seine industrielle Entwicklung noch in den Kinderschuhen steckte!

Noch schlimmer ist

die Heraufsetzung des Wahlrechtsalters vom 24. auf das 25. Lebensjahr.

In diesem Kriege haben zahllose junge Leute von siebzehn, achtzehn und neunzehn Jahren Leben und Gesundheit für Deutschlands Rettung in die Schanze geschlagen. Und nun sollen diese vielleicht als Krüppel heimkehrenden jungen Krieger noch 6 bis 8 Jahre lang nicht „reif“ genug sein, das Wahlrecht auszuüben!

Die schlimmste Neuerung aber ist — von kleineren Schönheitsfehlern abgesehen — die Bestimmung, daß man statt wie bisher ein halbes Jahr künftig ein ganzes Jahr in einer Gemeinde (in Berlin sogar in einem Wahlbezirk) gewohnt haben muß, um wählen zu dürfen. Das ist ein

schweres Unrecht gegen das arbeitende Volk,

das durch Arbeitslosigkeit und andere Schicksalsschläge des Wirtschaftslebens in viel höherem Grade als die besitzenden Klassen zum häufigen Wechsel seiner Arbeitsstätten und damit seiner Wohnplätze gezwungen ist. Ganz besonders schlimm würde die Neuerung

alle Kriegsteilnehmer treffen,

von denen Hunderttausende nach Friedensschluß genötigt sein werden, fern von der alten Heimat Lohn und Brot zu suchen. So bedeutet die Neuerung eine brutale Entrechtung gerade derer, die jetzt mit ihren Leibern Deutschland und Preußen schützen!

Aufs schärfste zu verurteilen ist auch

das Fehlen des Frauenwahlrechts

in der Regierungsvorlage. Dieser Krieg wäre niemals durchzuführen gewesen ohne das aufopfernde Eintreten vieler Millionen von Frauen an die Stelle der ins Feld gerückten Männer. Ohne Murren haben sie die gleichen Pflichten auf sich genommen wie die Männer — diesen gleichen wirtschaftlichen Pflichten müssen endlich auch zugesellt werden die gleichen staatsbürgerlichen Rechte!

Ganz unzulänglich ist die vorgeschlagene

Reform des Herrenhauses,

in dem ein überwiegend starker agrarischer Einfluß nach wie vor aufrechterhalten werden soll, wenn man auch die Interessenvertretung der Städte, der Industrie und des Handels beträchtlich verstärken will. Die Arbeiter sollen natürlich von dem „Hause der Herren“ nach wie vor völlig ausgeschlossen bleiben.

Schließlich steht in den Vorlagen der Regierung einer Erweiterung des Etatsrechts der Ersten Kammer eine in ihren Folgewirkungen völlig unabsehbare und deshalb sehr ernst zu nehmende Verkümmerung des Geldbewilligungsrechtes des Abgeordnetenhauses gegenüber, auf deren Einzelheiten hier nicht eingegangen werden kann.

Mit einem Wort: Bei allen ihren unbestreitbaren Vorzügen weisen die Vorlagen der Regierung auch Mängel und Rückschritte in schwerer Menge auf. Um so kennzeichnender ist es, aber auch um so aufreizender muß es wirken, daß selbst diesen durchaus ungenügenden Vorlagen gegenüber die Mehrheitsparteien zu einem Kampf auf Tod und Leben rüsten!

Den reaktionären Machenschaften und auch den unzulänglichen Vorschlägen der Regierung gegenüber bleiben

die Forderungen der Sozialdemokratie

die alten. Sie lassen sich in aller Kürze dahin zusammenfassen:

Völlige Beseitigung des Herrenhauses! Keine einschränkenden Bestimmungen über den Wohnsitz! Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts! Eine Forderung, die gerade nach den Erfahrungen dieses Krieges ganz besonders in den Vordergrund gerückt werden muß! Neueinteilung der Wahlkreise! Einführung der Verhältniswahl, um auch den Minderheiten gerechte Vertretungen im Parlament zu gewährleisten! Erweiterung der Rechte der Volksvertretung statt ihrer Beschneidung.

Für diese Forderungen zieht die Sozialdemokratie in den Wahlrechtskampf. Sie wird das Aeußerste an Kraft aufzubieten haben, um nicht nur die Pläne der Rechten zu Fall zu bringen, sondern auch, um aus den Vorlagen der Regierung zum mindesten die Verschlechterungen auszumerzen und vor allem

dem gleichen Wahlrecht zum Siege zu verhelfen.

Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß ein Wahlrecht, und sei es auch das beste, niemals Selbstzweck sein kann. So kann und soll uns auch das freie Preußenwahlrecht, für das wir jetzt in den Kampf ziehen, nichts anderes sein als der Boden, auf dem wir

das neue und freie Preußen der Zukunft

aufbauen wollen. Ein Preußen, befreit von dem engherzigen Polizeigeist der Vergangenheit, ein Preußen des freudigen und zielbewußten Fortschritts auf allen Gebieten, des Fortschritts in Gesundheitswesen und Schulwesen, in Sozial- und Finanzpolitik! Ein Preußen der politischen Freiheit und des kulturellen Aufstiegs, das wirklich

„in Deutschland voran“

geht! Diesem Preußen gilt unser Hoffen und unser Kampf! Für dieses Preußen der Zukunft rufen wir alle Männer und Frauen Preußens auf die Schanzen! Um aber zu ihm zu gelangen, gilt es zunächst einmal das gleiche Wahlrecht zu erobern! Darum:

Kampf allen Verschleppungsmanövern! Nieder mit allen Wahlrechtsfeinden! Hoch das gleiche Wahlrecht!

Berlin, den 12. Dezember 1917.

Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands.

Der geschäftsführende Ausschuß der Landesorganisation der Sozialdemokratie Preußens.

Gesteigerte Feuertätigkeit im Westen.
Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen im Osten.

Amtlich. WTB. Großes Hauptquartier, 13. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Von Dixmuide bis zur Lys und südlich von der Scarpe zeitweilig erhöhte Artillerietätigkeit.

Oestlich von Bullecourt entrissen unsere Truppen dem Engländer mehrere Unterstände und nahmen 6 Offiziere und 84 Mann gefangen.

Zwischen Moeuvres und Vendhuille haben sich die schon am Abend lebhaften Artilleriekämpfe heute morgen verschärft. Auch nördlich von St. Quentin gesteigertes Feuer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In Verbindung mit Erkundungsgefechten lebte in einzelnen Abschnitten die Feuertätigkeit auf.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Wie vereinbart, begannen heute im Befehlsbereiche des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern die Verhandlungen über Abschluß eines Waffenstillstandes, der die zurzeit bestehende Waffenruhe ersetzen soll.

Mazedonische Front

Im Cerna-Bogen wurden in kleineren Unternehmungen eine Anzahl Italiener und Franzosen gefangen.

Italienische Front.

Bei Schneefall und Nebel blieb die Gefechtstätigkeit gering.

*

WTB. Amtlich. **Berlin**, 13. Dezember.

Die russische Delegation traf am 12. Dezember zur Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen verabredungsgemäß in Brest Litowsk wieder ein. Die nächste Vollsitzung findet am 13. Dezember vormittags statt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

WTB. **Wien**, 13. Dezember. Amtlich.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Waffenruhe. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand an allen russischen Fronten werden heute früh wieder aufgenommen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Schnee und Nebel verhinderten gestern in den venezianischen Gebirgen jedwede Kampftätigkeit.

Die Truppen des Feldmarschalls Conrad haben nach bisheriger Zählung in dem viertägigen Kampfe um das Melitta-Gebiet 639 italienische Offiziere und über 16 000 Mann als gefangen eingebracht. Die Beute setzt sich aus 93 Geschützen, 233 Maschinengewehren, 4 Mitrailleusen, 61 Minenwerfern und vielem anderen Kriegsgerät zusammen.

Der Chef des Generalstabes.

Erfolgreiches Vorpostengefecht an der Tyne-Mündung.

Amtlich. WTB. **Berlin**, 13. Dezember.

Leichte Streitkräfte unter Führung des Korvettenkapitäns Heinicke haben am 12. Dezember, morgens, dicht unter der englischen Küste vor der Tyne-Mündung den feindlichen Handelsverkehr angegriffen. In erfolgreichem Gefecht mit den englischen Vorposten wurden zwei große Dampfer und zwei bewaffnete Patrouillenfahrzeuge versenkt. Unsere Streitkräfte kehrten ohne einige Verluste oder Beschädigungen zurück.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Unterseeboots-Erfolge.

WTB. **Berlin**, 13. Dezember. Amtlich.

Eines unserer Untersee-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Jeß, hat neuerdings im Sperrgebiet um England 35 000 Brutto-Register-Tonnen versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich ein sehr großer Dampfer mit vier Masten, zwei mittelgroße bewaffnete Dampfer, wovon einer durch vier Bewacher gesichert war, ein Passagierdampfer von etwa 7500 Tonnen, sowie ein mittelgroßer Tankdampfer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Zu den Waffenstillstandsverhandlungen,

die laut Heeresbericht heute wieder aufgenommen wurden, meldet der Petersburger Berichterstatter des „Secolo“:

Eine russische Abordnung zur Unterhandlung über einen Waffenstillstand habe den Deutschen politische Friedensvorschläge machen wollen, ohne irgendwelchen militärischen Plan zur Ausführung des Waffenstillstandes ausgearbeitet zu haben. Die deutsche Abordnung habe aber den politischen Plan der Russen bestimmt zurückgewiesen mit der Begründung, nur über die militärischen Bedingungen eines Waffenstillstandes unterhandeln zu wollen. Die Besprechungen seien hierauf unterbrochen worden; die bei der Abordnung befindlichen Offiziere des russischen Generalstabes hatten in einer Nacht die technischen Bedingungen für den Waffenstillstand ausgearbeitet. In der darauf folgenden Besprechung hätten die Deutschen darauf bestanden, daß in den Vertrag über den Waffenstillstand die Formel aufgenommen werde, daß sofort die Unterhandlungen über einen formellen endgültigen Friedensschluß beginnen sollen.

Die „Prawda“, das Organ der russischen Regierung, warnt vor jedem Versuch, Polen, Kurland und Litauen dem deutschen Imperialismus zu unterwerfen. Gegenüber einem solchen Versuch würde das russische Heer die Ehre der russischen Revolution verteidigen, die Massen in England und Frankreich würden dann davon überzeugt sein, daß ihre Regierungen recht hatten, als sie sagten, ein loyaler Frieden mit Deutschland sei eine Unmöglichkeit. Aber auch die deutschen Arbeiter würden ihren Herren nicht folgen, falls diese den Krieg fortsetzen wollten, um Eroberungen im Osten zu machen.

Der „Vorwärts“ teilt in einer gegen alldeutsche Blätter gerichteten Polemik mit, daß Philipp Scheidemann zurzeit in Stockholm weilt, um dort für den Frieden zu wirken.

Wie dem Wiener Telegraphen- und Korrespondenz-Bureau von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, entspricht die aus Kopenhagen stammende Nachricht über die Demobilisierung der russischen Armeen nicht den Tatsachen. Wohl verfügte der Rat der Volkskommissare schon vor einigen Wochen die Entlassung dreier, vielleicht auch vier der ältesten Jahrgänge. Anordnungen über weitere Verminderung der russischen Truppenbestände sind aber bisher, soweit bekannt, nicht erlassen worden.

Die Anklage gegen Caillaux.
Clemenceau läßt den gefährlichen Nebenbuhler wegen hochverräterischer Umtriebe verfolgen.

In der französischen Kammer wurde am Mittwoch nachmittag das Ansuchen um die Ermächtigung zur Strafverfolgung Caillaux verteilt. Der Brief des Militärgouverneurs von Paris, der die Aufhebung der parlamentarischen Immunität verlangt, lautet folgendermaßen: Im Laufe der Untersuchungen wegen Verbindungen mit dem Feinde, die gegenwärtig von den bürgerlichen und militärischen Gerichten verfolgt werden, wurden bei fast allen Beschuldigten zahlreiche von Joseph Caillaux ausgehende Briefe entdeckt, die keinen Zweifel über die zwischen ihm und den Angeschuldigten bestehenden Beziehungen lassen. Die Prüfung dieses Schriftwechsels ist besondres beunruhigend und mußte notwendigerweise die Aufmerksamkeit der Justiz auf sich ziehen. Es ist schon schwerwiegend, wenn ein Staatsmann von der Geltung Caillaux, der die höchsten Staatsstellungen bekleidete, der die Ehre hatte, die Politik seines Landes zu leiten und der gern in seiner Eigenschaft als Führer einer großen Partei auftrat, enge Beziehungen und nicht zu bestreitende Vertraulichkeiten mit den französischen oder ausländischen Abenteurern unterhält, die ihre Handlungen, Bestrebungen und Kundgebungen seit Beginn des Krieges selbst weniger Unterrichteten verdächtig machen müßten. Gewiß begreift man, daß ein bedeutender Politiker zufällig dahin kommen kann, mit einem Menschen vorübergehende Beziehungen anzuknüpfen, dessen Vergangenheit er nicht kennt und welcher sein Vertrauen täuschend, unter dem Schutz seines Namens und seines Einflusses die schlimmsten Abenteuer auszuführen wagt. Aber derartige Schwächen werden gefährlich, wenn sie sich öfters wiederholen, wenn sie jahrelang andauern und wenn sie den davon Getroffenen dazu führen, sich in die bedauerlichsten ihn bloßstellenden Handlungen hineinziehen zu lassen. Jedenfalls wird Caillaux, selbst wenn er seine Unkenntnis bei Beginn dieser Beziehungen beweisen kann, nicht erklären können, daß er sie nicht abbrach, als er die Ansichten der Leute kennen lernte, denen er in unklarer Weise seinen vertrauten Umgang gönnte, obwohl es ihm an Warnungen aller Art nicht fehlte. Der im Laufe der Untersuchung gegen Bolo beschlagnahmte Briefwechsel wirkt besonders belastend. In mehreren von Caillaux an Bolo zwischen dem 1. Mai 1916 und dem 26. Juli 1917 geschriebenen Briefen, fordert er Bolo wiederholt auf, sich bei ihm einzufinden, da er eine Menge Dinge mit ihm zu besprechen habe, die er nicht brieflich mitteilen könne. Der Gouverneur von Paris fügt hinzu: Der Briefwechsel wurde in entsprechenden Wendungen fortgesetzt, selbst nach dem Zeitpunkt, als Bolo unter Anklage des Hochverrats gestellt war. Caillaux bewahrt dem Angeschuldigten dieselbe Anhänglichkeit. Diese Briefe bezeugen, daß beide eine gemeinsame Angelegenheit hatten, Vertraulichkeiten miteinander austauschten, die sie mit Vorsicht umgaben und die genügt, um sie verdächtig zu machen. Am 5. August 1917, wenige Tage vor Bolos Verhaftung, schreibt Caillaux ihm, um es neuerlich als notwendig hinzustellen, daß der Feldzug gegen ihn aufhöre. Der Gouverneur von Paris spricht dann noch von Beziehungen Caillaux' zu Almereyda. Er sagt, daß er ihm eine gewisse Dankbarkeit für reichlich bezahlte Dienste bewahrt, dieer ihm zur Zeit des Prozesses bewiesen hat, das mag noch hingehen. Weshalb hat sein französisches Gefühl nicht aufbegehrt, als die Zeitung „Bonnet Rouge“ im Jahre 1915 ihren verabscheuungswürdigen defaitistischen Feldzug begann, der bereits einen späteren Hochverrat voraussehen ließ? Der beschlagnahmte Briefwechsel wird während des Jahres 1916 und bis zur Stunde der Gerechtigkeit 1917 fortgesetzt. Caillaux mißbilligte den Feldzug Almereydas nicht etwa, sondern beglückwünscht ihn zu den Artikeln und drückt ihm sein Bedauern aus, daß er nicht zwei von ihnen, die von der Zensur angehalten wurden, an alle Deputierten und Senatoren schicken könne. Caillaux beglückwünscht ihn am 27. Juli 1915 für den Artikel: „O, diese Engländer.“ Am 6. August 1915 überreichte er ihm einen Brief seines gewöhnlichen Berichterstatters, Sprichte, über die Versöhnung des Hauses Koburg mit Rom, die ihm als Tatsache von Bedeutung erscheint, und kennzeichnet die Bedingungen seiner Umwandlung in der Balkanpolitik. Die Anklageschrift erwähnt weiter, daß sich Caillaux Sympathien übrigens auf die ganze Umgebung Almereydas erstreckte. Zuerst hätte man in seinen Handlungen nur bedauerliche Unvorsichtigkeiten sehen können, aber die neue Tatsache hätte sie in einem ernsteren Lichte erscheinen lassen. Der Militärgouverneur erinnert an die Angelegenheit Cavallini und an die Begegnung, die Cavallini, der von Loustalot und Comby vorgestellt wurde, mit Caillaux hatte. Einige Tage später wurden Comby und Loustalot von Cavallini in Lausanne empfangen und hatten durch seine Vermittlung eine Unterredung mit dem Khedive, worin es sich, wie sie sagten, darum handelte, die Türkei von dem österreichisch-deutschen Bündnis loszureißen. In der gleichen Zeit findet Caillaux mit einem Paß, der auf den Namen Joseph Renouard lautet, Cavallini in Rom wieder. Die Handlungen Caillaux' in Rom tragen ein so bedenkliches Gepräge, daß es nicht möglich ist, achtlos daran vorüberzugehen. Sogar in Gegenwart bedeutender Persönlichkeiten soll er sich nicht gescheut haben, verbrecherische Propaganda zu machen. Er legte dar, das Ministerium Briand sei kurz vor dem Sturze und würde zweifellos durch das Ministerium Clemenceau ersetzt werden, das nur durch die Verschärfung des Krieges bestehen könnte. Aber auch das durch eine neue militärische Anstrengung schnell erschöpfte Frankreich könne den Kampf nicht über das Frühjahr 1917 hinaus fortsetzen. Dann werde er die Macht übernehmen und den Frieden unterzeichnen. Italien müsse sich also vorbereiten, mit Deutschland einen Sonderfrieden zu schließen. Die Welt werde erstaunt sein über die Vorteile, die Deutschland Italien und Frankreich gewähren könnte. Denn alle Kriegskosten würden von Rußland und dem Balkan getragen werden müssen. Serbien würde verschwinden, und damit geschehe ihm nur recht. Auch Rumänien werde verschwinden, das sei ein Unglück, aber es sei besser, daß Rumänien bezahle. Schließlich jene Schlußfolgerung, deren Aufführung allein genügt, um ihre Schwere zu kennzeichnen und das von Caillaux verfolgte Ziel darzustellen scheint. Sobald der Friede unterzeichnet werde, werde Frankreich ein Bündnis mit Deutschland, Italien und Spanien schließen gegen Rußland, England, die wirklichen Feinde jener Länder. In Begründung dieses Antrages wird dann die tiefgehende Aufregung dargestellt, die diese Reden in politischen, diplomatischen und militärischen